

# Wir sollten uns Zeit lassen

Die Regierung hat das Datum für das konsultative Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag auf den 10. Juli 2005 festgelegt. Das Parlament wird in letzter Instanz, egal wie das Referendum der Wähler ausgehen wird, über das Ja oder das Nein des Großherzogtums Luxemburg zum Verfassungsvertrag abstimmen. Der Premier Jean-Claude Juncker hat erklärt, dass wenn das luxemburgische Volk mit Nein abstimmt, er seinen Rücktritt einreichen wird. So weit die Fakten über die aktuelle Lage.

Sicher ist es erstrebens- und wünschenswert, dass Luxemburg seine Vorreiterrolle auf europäischer Ebene festigt und behauptet.

Andererseits kommt man aber nicht an folgenden Tatsachen vorbei:

- Das luxemburgische Volk hat keine blasse Ahnung, was man von ihm verlangt, und kann sich keinen Reim über die Bedeutung der Ab-

stimmung über den Verfassungsvertrag machen. Viele wissen nicht, was die Abstimmung über den Verfassungsvertrag bedeutet (man hat es ihnen auch nie erklärt).

- Die Regierung, gefordert und teils überfordert durch den Europäischen Vorsitz, hat keine Zeit und auch nicht die Möglichkeit, die Bürger bis Juli ausreichend über die Tragweite und die Wichtigkeit dieses Referendums für die Zukunft unseres Landes zu informieren und zu sensibilisieren.

- Die Bürger Luxemburgs haben die Erweiterung Europas auf 25 Länder noch nicht verkräftet. Drogen und Prostitutionsprobleme in der Hauptstadt und anderswo, Zunahme des Unsicherheitsfaktors überall im Lande (Tankstellenüberfälle, Einbrüche, etc) sowie massiver Druck der Ausländer auf dem Arbeitsplatz beunruhigen den Luxemburger zusehends.

- Man fühlt sich nicht mehr so

richtig zuhause. In der Klinik, im Altersheim, in den Geschäften und in den Restaurants fühlt man sich immer mehr verpflichtet, eine fremde Sprache zu sprechen.

- Mehr Zeit zum Referendum könnte auch die legislative Möglichkeit schaffen, die hier wohnenden, integrierten Europäer an einem Europa betreffenden Referendum zu beteiligen.

Schlussfolgerung ist meiner Meinung nach, dass mit fast 40% Ausländern (+- Europäer) in der Bevölkerung und fast 60% Ausländern (+- Europäer) auf dem Arbeitsmarkt die Höchstgrenzen des Akzeptablen erreicht sind.

Die Ängste der Luxemburger bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag sind deshalb im Blickpunkt dieser Erkenntnisse zu verstehen.

Meines Erachtens sollten die Regierung und das Parlament sich jetzt die nötige Zeit nehmen, mit dem luxemburgischen Volk und

mit den Luxemburgern zu reden, den Dialog auf allen Ebenen zu führen und den Kontakt zu suchen.

Es geht nicht darum, ob wir bei den ersten Ländern sind, welche dem Verfassungsvertrag zustimmen. Sondern es geht jetzt darum, die beunruhigten Luxemburger zu überzeugen, dass wir, trotz aller augenblicklichen Probleme, nur eine Zukunft in der großen Gemeinschaft Europas haben.

Die Regierung und das Parlament stehen vor einer großen Aufgabe, die nicht nebenbei bis zum 10. Juli 2005 gelöst werden kann. Der Premier, alle Minister und Abgeordneten sind gefordert, bis Ende des Jahres sich den Fragen und Ängsten der Bürger öffentlich und so lange wie nötig zu stellen.

Alle Bürger haben ein Recht auf transparente und integrale Aufklärung.

Wir sollten uns Zeit lassen.

Camille Dimmer  
Ehrenabgeordneter